

Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek

ORF-Sendereihe „Bürgeranwalt“ – Ausstrahlung vom 6.12.2008

Wien: Schikanen bei Einbau und Förderung von Treppenliften? VA Dr. Brinek fordert rasche Lösung

Unfassbare bürokratische und gesetzliche Hürden haben bewegungseingeschränkte Personen zu bewältigen, die in Wien einen Treppenlift in einem Privathaus einbauen und fördern lassen wollen. Die Vorgeschichte: Ein Vater kann seinen 40 kg schweren, vollständig gelähmten Sohn nicht mehr selber in das Kinderzimmer im Obergeschoß tragen. Er sucht bei der MA 50 bedingungsgemäß um Förderung an und beauftragt ein konzessioniertes Unternehmen mit dem Einbau eines Treppenliftes. Statt wie erwartet 75 % der Kosten refundiert zu erhalten, werden von der Behörde immer weitere Unterlagen angefordert und neue Auflagen erteilt. Überdies wird die Beibringung von Gutachten auf Basis des Wiener Aufzugsgesetzes gefordert. Als die veranschlagten Gutachterkosten den Betrag der angekündigten Förderung zu überschreiten drohen, sucht der Vater Hilfe bei der Volksanwaltschaft.

VA Brinek versteht, dass sich der Vater schikaniert fühlt. „Jedenfalls hätte der Förderungswerber von der Behörde rechtzeitig und umfassend informiert werden müssen, welche Unterlagen benötigt werden.“ „Die stückweise Nachforderung von Dokumenten, Gutachten, Fertigstellungsanzeigen, usw. sind mit einer guten Verwaltung nicht vereinbar,“ so Brinek weiter. Dass das Wiener Aufzugsgesetz einen batteriebetriebenen Treppenlift in einem Privathaus betreffend Einbau und Wartung einem Aufzug in einem mehrstöckigen Mietshaus gleichsetzt, ist für die Volksanwältin nicht nachvollziehbar. „Der Wiener Gesetzgeber sollte handeln und – wie in den übrigen Bundesländern - ebenfalls zwischen Treppenliften und anderen Aufzügen unterscheiden. Das ist sicherlich kein Einzelfall.“

Der Einbau eines Treppenliftes ist oft die einzige Möglichkeit, einen in der Beweglichkeit eingeschränkten Angehörigen daheim pflegen zu können.“ VA Dr Brinek fordert daher eine rasche Lösung der Problematik. Die erst kürzlich erfolgte Einrichtung einer neuen Koordinationsstelle für barrierefreies Wohnen und die Änderung der Homepage der Behörde sieht die Volksanwältin nicht als ausreichend an.

Wien-Siebenhirten: Aus für Beeinträchtigungen durch Flutlichtanlage

Erfreuliches gibt es aus Siebenhirten zu berichten: Die Volksanwaltschaft hatte in der Sendung „Bürgeranwalt“ vom 1.12.2007 über Beeinträchtigungen durch den Betrieb des Fußballplatzes berichtet. Durch Einschaltung der Volksanwaltschaft ist es gelungen, die Blendwirkung der Flutlichtanlage gänzlich auszuschalten. Darüber hinaus konnte durch entsprechende Maßnahmen die Lärmbeeinträchtigung erheblich gemindert werden.